

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzelle für Arbeitersuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schrift der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 4

Duisburg, den 22. Januar 1921

22. Jahrgang

Fünfzig Jahre Deutsches Reich

Am 18. Januar waren fünfzig Jahre verflossen, seit unter dem Brüllen der Geschütze vor Paris 1871 das neue Deutsche Reich gegründet wurde.

Wir gedenken aller derer, die aus dem Wirtware einer Plebskateret und einer großen Verzweiflung die Sehnsucht nach der Einheit des Reiches in sich trugen, seitdem eine wilde Reaktion in Mitteleuropa nach den napoleonischen Kriegen 1813 jedem aufrichtigen Deutschen den Mund verschloß, den Götter, Jahn, Arndt, den Arbeiter in der Werkstatt und dem Gelehrten in seinem Zimmer, aller derer wollen wir mit Hochachtung und Ehrfurcht gedenken.

Auch die Arbeiterschaft hat einen Grund dazu, denen zu danken, dem Wehrmann, dem Staatsmann, den Führern des Volkes, daß endlich 1871 der große Wurf gewagt wurde, der ein festes Band um die Landesgrenzen legte und Deutschland, die deutsche Volkswirtschaft und die Volksgemeinschaft zu immerhin beträchtlicher Blüte emporsteigen ließ.

Es ist das tragische Geschick des deutschen Volkes und seiner Führer, welches sich gründet auf einen engen, nicht von bedeutenden historischen Linien bestimmten Individualismus, daß es das große, welches ihm geniale Köpfe und Staatsmänner gaben, nicht zu wahren verstand, sondern durch sich selbst und seine Eigenschaften am Zusammenbruch mitarbeitete. Das Reich Karls des Großen endete nach fünfzigjährigem Glanz in den Kämpfen seiner Enkel; die sächsischen Realpolitiker Heinrich I. und Otto I. überließen nach einigen Jahrzehnten ihr Reich einem Trümmern, dessen guter Wille den nachfolgenden, für das Reich verderblichen Einfluß der Großen nicht mehr zu bannen mußte; die fränkischen Kaiser, deren bedeutendster Heinrich III. (1036-54) das Reich zu größter Machtvollendung erhob, sahen in ihre Zeit den Deutschland zersplitternden Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum fallen und das glanzvolle Geschick der Hohenstaufen endete zur Zeit der tiefsten Ohnmacht Deutschlands in Konradin 1268 auf dem Schaffot in Neapel.

Länger als fünfzig Jahre hat sich in den verschiedenen Epochen der Geschichte die Weltgröße Deutschlands nicht behaupten können, dann brach sie durch Uneinigkeit, Zwist, Kleinliche Abneigung und geringes Gemeinschaftsgefühl wieder zusammen.

Wir stehen an den Trümmern des neuen Deutschen Reiches. Es war manches faul und nicht gut an ihm, das muß offen ausgesprochen werden, aber wir als Christliche Arbeiter sind objektiv genug, auch das Gute und Große, das es gebracht, anzuerkennen und zu würdigen.

Wir lieben auch dieses durch vierjährigen Krieg und Hunger und durch die Wut der Feinde zerfetzte Land als unser Vaterland wir wissen, daß wir erst dann wieder gefunden, wenn wir den Wut haben, zurückzukehren zu den guten Quellen unsers Volkstums und die Kurage aufbringen, die Pflichten gegen die Gesamtheit über die Pflichten gegen den einzelnen Stand zu setzen.

Was ist uns Arbeitern das Deutsche Reich?

Bevor die Einigung des Deutschen Reiches vollzogen war, zerfiel Deutschland in Staaten und Wirtschaftszgebiete, die trotz des Zollvereins nur einen ganz losen Zusammenhang hatten.

Unter solchen schwierigen Verhältnissen konnte sich die Wirtschaft nicht entwickeln. Ein wildes Durcheinander war die Folge. Engländer und Belgier beherrschten den Markt. Für die Arbeiterschaft und die unteren Schichten war in keine Weise gesorgt. Gewerkschaften existierten noch nicht und wenn die Kräfte des Arbeiters aufgebraucht waren, wurde er verdrängt beiseite geworfen. Dazu kam infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse eine drückende Not des Volkes, die in ihrem Ausmaße viel größer war, als die jetzige.

Das alles wurde erst anders, als in den drei Kriegen 1864, 1866 und 1870/71 die deutsche Einheit zusammengeschmiedet wurde. Seit der politischen Einigung des Reiches datterte der wirtschaftliche Aufschwung. War bis dahin England maßgebend in Europa und beherrschend auf dem Weltwirtschaftsraum, auf dem Gebiete der Hüttenindustrie, Maschinenindustrie, in Farben, Chemikalien, Kohlen u. s. w., so machte jetzt die deutsche Wirtschaft ihr Schritt für Schritt den Rang streitig. Wir überflügelten England in Rohstoffproduktion, schlugen es auf dem Maschinenmarkt, hatten in der chemischen Industrie uns ein Weltmonopol errungen und die Marke „Made in Germany“, ursprünglich als Abschreckungsmittel von den Engländern gedacht, wurde das Ehrenzeichen der deutschen Industrie. Mit dem Aufstieg der deutschen

Wirtschaft wuchs auch das Volksvermögen an, von 130 Milliarden 1871 auf 360 Milliarden 1914. Wenn auch der Anteil der Arbeiterschaft nicht so groß war, wie es unter allen Umständen notwendig gewesen wäre, so war sein Lohnanteil besonders in den Gebieten, wo sich die Gewerkschaften zu einer achtunggebietenden Stellung heraufgearbeitet hatten, um ein vielfaches gestiegen; sicher aber war die Kaufkraft des Lohnes höher als jetzt.

Durch eine umfangreiche sozialpolitische Gesetzgebung sorgte das neue deutsche Reich für die Lage, in denen der Arbeiter durch Krankheit oder Invalidität nicht mehr arbeiten konnte. Die Sozialpolitik des geeinigten deutschen Reiches ist von keinem andern Staate der Welt auch nur im entferntesten erreicht worden.

Wenn die Kämpfe um die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung nicht ihre Lösung im Sinne der berechtigten Interessen der unteren Stände fanden, so ist das die Schuld der unteren Stände selbst gewesen. Ganze 2,8 Millionen Arbeiter waren organisiert, von 12 Millionen Arbeitern und Angestellten. Daß man mit einer solchen Schaar Unorganisierter keine Kämpfe führen kann, versteht sich.

Die Christliche Metallarbeiterschaft weiß die Bedeutung des geeinten deutschen Reiches nach jeder Seite hin zu würdigen und sie lehnt auch alle Bestrebungen ab, die darauf hincielen, die Reichseinheit zu lockern oder gar zu zertrümmern. Es schlummern noch so viele Kräfte im deutschen Volke, die gewagt und auf die Notwendigkeit eines starken inneren Zusammenhanges hingewiesen werden müssen.

Daran mitzuarbeiten ist die Aufgabe der gesamten Christlichen Arbeiterschaft. Je mehr sich alle durchdrungen fühlen von der großen Kraft, die in der Einheit liegt, um so eher werden wir auch die dankverdienende deutsche Volkswirtschaft zum Erholen bringen. Nicht separatistische Neigungen und Sonderinteressen, sondern der starke Gedanke eines einigen, zusammenarbeitenden Volkstums bringt uns weiter.

Wir, die wir auch die Pflege des nationalen Gedankens auf unsere Fahne geschrieben haben, wollen uns unserer großen Pflicht stets bewußt sein. Das geeinte deutsche Reich hat Volkswirtschaft und Arbeiterschaft, das neue einige deutsche Reich, zu dem wir treu und fest stehen, wollen auch wir als Arbeiter wieder heraufführen zu wahrer großer bleibender Kulturhöhe. Damit dienen wir am besten dem Volke und uns selber.

Wege der Interessenvertretung

Bei Lohnbewegungen und bei jeglicher sonstigen Art der Interessenvertretung besteht, ebenso wie bei allen wirtschaftlichen und geschäftlichen Unternehmungen der Grundsatz zu Recht:

Unter Aufwand von möglichst geringen Mitteln das größtmögliche Maß von Erfolgen zu erzielen, den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft und des Verbandes zu dienen. Um diesem Grundsatz gerecht werden zu können, sind zwei Dinge besonders notwendig:

1. Die genaue Kenntnis der jeweiligen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Sachlage namentlich die richtige Beurteilung des Kräfteverhältnisses von Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft.

2. Ausbarmachung der praktischen Erfahrungen und Kampfmethoden, Kenntnis und Innehaltung der Verbandsstatuten.

Bei der Prüfung der jeweiligen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Situation ist neben der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der in Betracht kommenden Werke oder Industrien, neben den Organisationsverhältnissen der betreffenden Arbeiterschaft auch Rücksicht auf allgemeine Volkspunkte, sowohl volkswirtschaftlicher als sozialer Art zu nehmen.

Dazu gehört mit in erster Linie, daß sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Idee der Arbeitsgemeinschaft

gegen die Vorkriegszeit wesentlich geändert hat. Im Wesen der Arbeitsgemeinschaft liegt es, daß der alte „Herr-im-Hause“-Standpunkt der Unternehmer grundsätzlich als überwunden und durch die paritätische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet als abgelöst zu betrachten ist. Mit dieser Tatsache müssen unsere Mitglieder genügend vertraut gemacht werden.

Der inneren Idee der Arbeitsgemeinschaft, dieser Frucht langjähriger, gewerkschaftlicher Arbeit, steht in mei-

ten Kreisen der Arbeiterschaft ein ebenso deutsches Unverständnis für die neue Situation, für unsere heutige wirtschaftliche Lage gegenüber. Seit der Revolution herrscht in Deutschland eine krankhafte Streiklust, ein Streikfieber, das aller gewerkschaftlichen Einsicht hohnspricht. Es ist eine unlesbare Tatsache, daß ein großer Teil der Streiks der letzten beiden Jahre keine wirtschaftlichen Kämpfe waren, sondern sehr häufig nur von einigen radikalen Stößen oder noch schlimmeren Elementen provozierte und inszenierte politische Demonstrationen, sogenannte Solidaritäts- oder Sympathiestreiks.

Diese tiefere Ursache für die Verirrungen ist die gegenwärtige Phase des jahrzehntelangen Kampfes zwischen Partei und Gewerkschaft im sozialistischen Lager. Seit Ausbruch der Revolution haben die radikalen Parteiführer die Oberhand. Die Masse ist von der über politischen Macht erfasst und merkt nicht, daß sie sich wirtschaftlich selbst am meisten schädigt; denn in dieser Zeit allgemeiner Warenknappheit kann nur die Steigerung der Produktion die Lebenshaltung der breiten Masse wesentlich und nachhaltig verbessern. Jede

Eidring im Produktionsprozess

wird mit automatischer Gewalt die Masse selbst an härtesten treffen.

Was in unserm Verbands zu allen Zeiten und unter allen Umständen als eine der obersten gewerkschaftlichen Regeln galt, ist heute mehr denn je als Leitfaden aller gewerkschaftlichen Arbeit voranzustellen:

Der Streik darf als die ultima ratio, das letzte

Mittel, nur im äußersten Falle angewandt werden.

Der Streik ist und bleibt durch den mit ihm verbundenen Lohnausfall, die Schwächung der Kräftekraft und damit der Macht der Bewegung, durch die Unsicherheit des Ausgangs, ein zweischneidiges Schwert, daß nur nach Erschöpfung aller anderen Möglichkeiten mit allergrößter Vorsicht angewandt werden darf. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß der unglückliche Ausgang eines Streiks neben der materiellen Schädigung der Beteiligten und der Vernachlässigung der gesamten Volkswirtschaft eine Schwächung des Vertrauens zur Gewerkschaftsbewegung zur Folge hat, die oft lange nachwirkt.

Auf alle Fälle ist der Zustand unhaltbar, der heute oft dazu führt, daß die Spartakisten in den Betrieben blättern, Bewegungen inszenieren, und die Gewerkschaften nachher die Kosten dafür tragen. Diese früher meist gelben und zum Teil auch heute noch indifferenten Elemente haben niemals das Recht, die Kampfgrößen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bei ihren radikalen Parzelskämpfen zu verwickeln.

Die Ausnutzung der im Verlauf des Krieges und nach demselben geschaffenen Mittel und Gelegenheiten zur kampflösen Herbeiführung von materiellen Verbesserungen, zur friedlichen Erledigung von Bewegungen aller Art ist daher erste Voraussetzung zur Vermeidung der oben gekennzeichneten Nebel und zur Erfüllung des eingangs genannten Grundsatzes.

Um diesem Grundsatz wieder allseitigen Geltung zu verschaffen, ist in erster Linie notwendig, in unserm eigenen Kollegienkreise durch von langer Hand vorbereitete Aufklärungs- und Erziehungsarbeit die klare Erkenntnis der heutigen veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu verbreiten und sie mit den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Arbeit vertraut zu machen. Es wird keine große Mühe kosten, unsern Mitgliedern, denen wir in Versammlungen und Konferenzen sowohl als im Verbandsorgan, in Flugblättern und Broschüren immer offen und unverhüllt gesagt haben, was ist, zu zeigen, daß auch heute noch die Warenknappheit die eigentliche Ursache unserer wirtschaftlichen Not ist und daß nur durch Produktionssteigerung Abhilfe geschaffen werden kann. Wenn diese Erkenntnis bei jedem Kollegen zur festen Überzeugung geworden ist, dann ist schon viel gewonnen.

Darüberhinaus muß auch endlich einmal Klarheit über den Begriff „Solidarität“ geschaffen werden. Mit diesem Wort wird heute sehr oft schamlos Mißbrauch getrieben.

Solidarität heißt Gesamthaltung.

Der vernünftige Gewerkschaftler hat also nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, wenn radikale Sendboten Propaganda für Solidaritätsstreiks machen wollen, sich zu fragen, ob er die Haftung für das Streikobjekt mit übernehmen kann. Daß ein vernünftiger Gewerkschaftler die Haftung für Streiks unter Tarifbruch, für Streiks mit staatsfeindlichen Zielen, sogenannten Steuerstreik Übernehmer kann, muß doch wohl als unzweifelhaft angesehen gelten. Wenn

Von diesem Gesichtspunkt aus die Frage der Solidarität oder Gesamthaltung betrachtet wird, dann kann mancher, die Arbeiterinteressen auf das Empfindlichste schädigende sogenannte „Solidaritätsstreik“ vermieden werden.

Von überragender Bedeutung ist es jedoch, bei allen Bewegungen und Kämpfen, auch solchen an sich berechtigter wirtschaftlicher Art

die gewerkschaftliche Autorität

In ihre alten Rechte einzusehen. Im Drunter und Drüber der Revolution und ihrer Nachwehen, dann aber auch durch die Zerrissenheit und die hartnäckigen Kampfkämpfe im sozialdemokratischen Lager ist der Respekt vor den eigenen Gesetzen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, den Verbandsfahrungen, stark geschwunden. Auf ihnen beruht die ganze gewerkschaftliche Autorität, sie sind der Anfang und das Ende aller erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeit.

Der Gegner, der die Bestimmungen der Verbandsfahrungen nicht beachtet, muß mit den Waffen geschlagen werden, die die Satzungen und das Streikreglement bieten. Einige wenige Auszüge aus der Satzung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mögen schon hier den Weg zeigen, der dabei zu beschreiten ist.

Im § 2 c bestimmt diese als Zweck des Verbandes die Regelung der Arbeitsbedingungen durch kollektive Arbeitsverträge. Wenn Vertreter dieses Verbandes gemäß einem Auspruch des Reichsrats beim Tarifabschluß den dröhnenden Schrei der Arbeiterbataillone „vermissen und Streiks unter Tarifbruch inszenieren, dann verletzen sie das eigene Verbandsstatut.

Der § 25 des Statuts des sozialdem. Metallarbeiterverbandes bestimmt: „Der Vorstand hat die Aufrechterhaltung der Statuten zu überwachen.“ Was aber besagt das Statut über die Bedingungen für Genehmigung und Finanzierung von Streiks?

§ 38 bestimmt:

- 1. Arbeitseinstellungen bedürfen der Genehmigung des Vorstandes.
2. Sperren können nur vom Vorstand verhängt werden.
3. Angriffsbewegungen müssen mindestens einen Monat vor Beginn gemeldet werden.
4. Der Vorstand hat zu prüfen, ob Aussicht auf erfolgreiche Durchführung des Ausstandes vorhanden ist.
5. Vor dem Vorliegen des Vorstandsbeschlusses nebst Erhaltungsmaßnahmen — auch bei Abwehrstreiks — darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden.
6. Der Antrag (auf Arbeitseinstellung) muß abgelehnt werden, wenn nicht vorher die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen angerufen worden sind und wenn nicht mindestens drei Viertel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder der für die Arbeitseinstellung gestimmt haben.
7. Wenn vom Vorstand die Genehmigung zum Ausstand erteilt ist, muß vor Niederlegung der Arbeit eine geheime Abstimmung der beteiligten Verbandsmitglieder vorgenommen werden, ob sie in den Streik eintreten wollen.

Die genaue Innehaltung dieser Bestimmungen bedeutet Uebervachung der Verbandsfahrungen. Außerachtlassung derselben sind Mißachtungen der gewerkschaftlichen Gesetze, die auf das Schärfste zu bekämpfen ist. Die Satzungen lassen auch keine Zweifel darüber, daß Abstimmungen immer getrennt vorgenommen werden müssen, denn es ist nie von Abstimmungen der Belegschaft, sondern der Verbandsmitglieder die Rede.

Wir haben alle Veranlassung, immer wieder die seit Jahrzehnten bewährten Regeln erneut als Richtlinien voranzustellen. Manche unnötige, das Arbeiter- u. Verbandsinteresse direkt schädigende Belastung, kann dann vermieden werden. Es liegt durchaus im Interesse der Entwicklung einer gesunden Metallarbeiterbewegung und damit im Interesse der gesamten Metallarbeiterschaft, wenn wir diesen Dingen in Zukunft größere Aufmerksamkeit zubewenden, als das vielleicht in der Vergangenheit der Fall war. Unser christlicher Metallarbeiterverband wird dabei jedenfalls zum mindesten den Vorteil haben, daß immer weitere Kreise der Metallarbeiterschaft erkennen, daß hier wahre praktische und verlässliche Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde. Und diese Erkenntnis schon bedeutet einen unschätzbaren Fortschritt.

Der Achtstundentag in Gefahr

Es gibt im Deutschen Reich noch eine ganze Anzahl Unternehmer, denen selbst für die Schwerarbeiter der Achtstundentag ein Dorn im Auge ist. So sehr die Arbeiterschaft auf die Gefahr, die von dieser Seite droht zu achten hat, so muß sie doch beide Augen aufhalten und sich bewußt sein, wo die wirklichen Saboteure des Achtstundentages selbst für Schwerarbeiter sitzen. Die radikale Sozialdemokratie, von der ein bedeutender Teil sich aus früheren Gelben rekrutiert, beginnt ihre alten Methoden wieder, die ihnen in der Scharfmacherperiode so gut „beigebracht“ wurden. Was die Arbeiterschaft hinsichtlich der Arbeitszeit zu erwarten hat, wenn die Radikalen an Ruder kommen, das sagt in aller Offenheit der kommunistische Führer Sommerfeld aus Hannover laut sozialistischen „Volkswillen“ (Hannover Nr. 4) in einer öffentlichen Versammlung in Bremen 1921.

„Wenn wir (die Kommunisten) die politische Macht erobert haben, den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus aufbauen wollen, dann wird es notwendig sein, Bangmaßnahmen gegen die Arbeiter zu ergreifen, ebenso wie in Rußland, und um die sozialistische Produktion zu heben, aber den Achtstundentag hinaus die Arbeitszeit zu verlängern.“

Der deutsche Kommunistenführer Sommerfeld sagt da in aller Brutalität, was im kommunistischen Rußland schon längst gescheit wird. Daß dort der Achtstundentag eine begrabene Sache ist, und die Arbeiter 10, 12 und mehr Stunden arbeiten müssen, wenn sie nicht in die berüchtigten Konzentrationslager wandern wollen, zeigt eine Zusammenstellung des Sozialrevolutionärs Dr. Serofow in der „Wolfskoff“ auf Grund des folgenden authentischen Materials.

- 1. Resolution der Arbeiter der Petersburger Abteilung Bruderei von Staatspapieren: „Wir haben zehnstündigen Arbeitstag, auch Samstag und Sonntag müssen wir arbeiten. Seit 15. Juni 1920 sind die Ueberstunden obligatorisch.“
2. Resolution der Petersburger Gelegenheitsarbeiter vom 3. Septbr. 1920: „In achtzig Prozent aller Unternehmen sind Ueberstunden obligatorisch, eine Weigerung wird schwer bestraft.“
3. Dr. S. der „Kritik“ „Metallist“ berichtet: „In der Fabrik No. in Krosnowa sind Ueberstunden seit dem 1. Januar 1920 obligatorisch. Die tägliche Arbeitszeit dort beträgt zehn bis zwölf Stunden.“

Dieses Beispiel der russischen Gewalttätigen haben die deutschen Kommunisten, wo sie die Gewalt haben, gut nachgemacht. Daß sie dann selbst für ihre „Schützlinge“, die Arbeitslosen gar nichts übrig haben, bestätigt die unabhängige „Leipziger Volkszeitung“, welche aus dem Betriebe des kommunistischen Organ zu Halle „Klassenkampf“ folgendes berichtet:

„Die Buchdrucker, Druckereiarbeiter u. Buchbinder müssen Tag u. Nacht, Sonntags u. in der Woche arbeiten. Der Buchbinder des Betriebes, einer von den kommunistischen Hauptführern, der gleichzeitig Vorsitzender des Buchbinderverbandes ist, hat in einer Woche 98 Stunden gearbeitet. Er hat sogar seine Frau zur Arbeit mitgebracht (die Familie ist kinderlos), obgleich eine ganze Anzahl arbeitsloser weiblicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Um noch mehr zur Ueberstundenarbeit anzuregen, spendierte ein neuer Parteiangestellter der Kommunisten, der nebenbei noch sein Partiergeschäft betreibt, im Auftrage der Bezirksleitung für die arbeitenden Frauen 100 Mark für Schokolade.“

Arbeitslose, jetzt wißt Ihr, wie die Fürsorge der Kommunisten um Euch aussieht. Sogar Schokolade hält man für die größten „Schätze“ bereit. Wer denkt da nicht an Freibier und Schinkenbrötchen, die eine Anzahl Unternehmer vor dem Kriege an ihre treuen gelben Schafe verteilen ließen. So mancher Gelbe, der jetzt als Kommunist fungiert, hat sich diese Scharfmachermethoden gut gemerkt, um die Getreuen bei der Stange zu halten.

Nicht die „Christen“ sabotieren den Achtstundentag, sondern diejenigen, die sich als die wahren Ketter des Achtstundentages aufspielen. Der sozialistische Metallarbeiterverband hätte alle Veranlassung, in seinen Reihen, zum mindesten aber bei seinen kommunistischen „Reinwillen“ nach dem Rechten zu schauen, denn uns will mit Recht scheinen, als ob der erste Abbau des Achtstundentages bei den radikalen Kreisen beginnt.

Unsere schwerarbeitenden Kollegen mögen diesen radikalen Gesellschaften scharf auf die Finger schauen.

Der Stand der Erwerbslosenziffer

Langsam hat mit einigen Schwankungen die Zahl der Erwerbslosen seit Anfang dieses Jahres abgenommen. Wie die Entwicklung vor sich gegangen ist, zeigt folgendes Bild im Jahre 1920:

Table with 3 columns: Etztag, Erwerbslose, Gesamtbetrag d. Unterstützungen. Rows for weeks 15.1, 1.6, 1.7, 1.8, 1.9, 1.10, 15.11.

Von den einzelnen Ländern Deutschlands hatte keiner Größe gemäß selbstverständlich Preußen den stärksten Anteil an der Erwerbslosenziffer aufzuweisen. Die anderen Länder folgten jedoch nicht ihrer Größe oder ihrer Einwohnerzahl nach, sondern ihre Erwerbslosenziffer war hauptsächlich bestimmt von der Art der in ihnen in erster Linie betriebenen Industrie. Die Statistik sagt darüber folgendes:

Table with 4 columns: Land, Erwerbslose, Auf 1000 Erwerber entf., Gesamtbetrag der Unterstützungen. Rows for Prussia, Saxony, Bavaria, Hamburg.

Die geringste Zahl Erwerbsloser hatte Waldeck mit 9 Personen auszuweisen. Prozentual am größten war die Biffer der Erwerbslosen nicht in Berlin, wie vielfach irr-tümlich angenommen wird, sondern in denjenigen Städten Deutschlands, die vor allen Dingen für den Export, zumal in der Luxusindustrie, arbeiten und denen die Ausfuhrmöglichkeit durch den ungünstigen Stand unserer Wä-luta und andere Umstände jetzt mehr oder weniger ab-geschritten ist. Eine zahlenmäßige Darstellung ergibt die nachstehende Reihenfolge:

Table with 5 columns: Ort, Auf 1000 Erwerber entf., Gesamtbetrag d. Unterstützungen, Auf 1000 Erwerber entf., Gesamtbetrag d. Unterstützungen. Rows for Muenchen, Frankfurt, Sonneberg, Weitzen, Groß-Verlin, Gehlitz, Hamburg.

Im engeren Industriebezirk war die Zahl der Erwerbslosen verhältnismäßig gering. Eine so große Stadt wie Dortmund hatte in der ersten Hälfte des Monats November nur 11 Erwerbslose aufzuweisen; in dem noch größeren Essen war die absolute Zahl mit 184 Personen verhältnismäßig nicht viel höher.

Die Beobachtung zeigt, daß von der Erwerbslosigkeit zuerst und in größerem Umfange die ungelerten Arbeiter befallen werden. So stellten z. B. in Berlin die ungelerten Arbeiter den dritten Teil für die Biffer der Erwerbslosen.

Die Tatsache des Rückganges der Zahl der Erwerbslosen seit Anfang September darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß die schlimmste Zeit der Erwerbslosigkeit bereits überwunden ist. Ehe wir nicht von den vernichtenden Folgen des Friedensvertrages von Versailles und des Kohlenabkommens von Spa befreit werden, ist an eine grundlegende Besserung der Verhältnisse leider nicht zu denken.

Die zwei Antworten

der Metallarbeiterzeitung auf unsere zwei Fragen

- 1) Warum ist der sozialdemokratische Metallarbeiterverband erst im Jahre 1907 in einer öffentlichen Aktion für den Achtstundentag der Gewerkschaft eingetreten, während der kleinere und längere christliche Metallarbeiterverband das schon im Jahre 1904 tat?
2) Warum läßt der sozialistische Metallarbeiterverband auf das ge-wichtigste die christliche Religion Priester und Kirche beschimpfen, während er sich doch immer den Anschein gibt, als sei er eine zelligste neutrale Organisation?

Die Antworten der Metallarbeiterzeitung geben uns, so sehr sich auch der Artikelschreiber drehen und wenden mag, recht. Seine Verufung auf den utopischen Sozialismus und die Sozialistenkongresse zeigen erneut, daß die sogenannte „freie“ Gewerkschaft und die Sozialdemokratie ein Herz und eine Seele sind.

Was es in Wirklichkeit mit den sozialistischen Drängen nach dem Achtstundentag auf sich hatte, wollen wir zu Mutz und Frommen der Metallarbeiterzeitung kurz hier aufzeichnen und etwas Wasser in den Wein gießen.

Beiden Begründern der Sozialdemokratie ist die generelle Forderung des achtstündigen Arbeitstages überhaupt nicht zu finden. Sie waren sogar, wie R. Marx und F. Engels, ursprünglich Gegner eines gesetzlichen Normalarbeitstages. Marx verlangte nur einen „Normalarbeitstag“, über dessen Dauer der Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern entscheiden würde. Auch unter den zehn Forderungen des kommunistischen Manifestes (1848) beschäftigte sich keine mit der Arbeitszeit. Das sozialdemokratische Eisenacher Programm (1869) enthält zwar die Forderung eines Normalarbeitstages, sagt aber nicht, was darunter zu verstehen sei. Kämpfe um die Arbeitszeit im Londoner Baugewerbe (1853), der Metallarbeiter in Amerika (1850) und im Baugewerbe in Australien (1856) führten dazu, daß, nachdem England 1878 der Achtstundentag für Arbeiter in Fabriken bestätigt worden war, erst der Kongreß der internationalen Sozialdemokratie zu Genf im Jahre 1889 die Erstrebung des gesetzlichen festzustellenden achtstündigen Normalarbeitstages proklamierte. Je am 1. Mai sollten die Arbeiter für seine Einführung demonstrieren. (Einen welcher täglichen Verlauf die Märsche genommen haben, welche Kämpfe darüber allein im sozialdemokratischen Lager stattfanden, wie die Märsche in Deutschland nicht ernst genommen wurden und keinerlei Erfolge brachten, das dürfte bekannt sein). Erst seit 1891 stand an der Spitze des Erfurter Programms die Forderung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages. Von da ab wurde, insbesondere von Bebel kräftig gestützt, der achtstündige Arbeitstag ein Schlagwort der gesamten Sozialdemokratie und wohl auch ihr zugkräftigstes Agitationsmittel.

